Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst sowie Frauenwelt und Jugend einschließlich Bringerlohn monatlich 80 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährl. M. 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn M. 5—. Erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Wettinerplatz 10. Tel. 25 261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. **Expedition:** Wettinerplatz 10. Tel. 25 261. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die 6gespaltene Petitzeile mit 30 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 25 Pf. Inserate müssen bis spätestens ½10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — **Telegramm-Adresse:** Dresdner Volkszeitung.

Nr. 232. | Dresden, Montag den 6. Oktober 1913. | 24. Jahrg.

Sämtliche organisierten Glasarbeiter in Penzig wurden von den Unternehmern ausgesperrt.

Die englischen Arbeiter sandten den Dubliner Streikenden ein zweites Schiff mit Lebensmitteln.

Die englischen Post- und Telegraphenangestellten sind in eine Lohnbewegung eingetreten.

Der Aufstand der Albanier wird als niedergeworfen betrachtet.

Die türkische Presse hetzt zu einem schärferen Vorgehen gegen Griechenland.

Spanien und Frankreich.

Von unserem Korrespondenten.

gr. Paris, 4. Oktober.

Spanien und Frankreich sind auf dem Wege, sich in die Arme zu fallen und ein Freundschaftsbündnis zu schließen. Wenn man sich noch der außerordentlich bissigen Polemiken erinnert, die vor etwa einem Jahre die bürgerliche Presse der beiden Länder gegeneinander führte, als sich in Madrid die Verhandlungen über Marokko zwischen der spanischen Regierung und dem französischen Gesandten Geoffroy immer wieder in die Länge zogen und Spanien, hinter dem England stand, gewissen französischen Forderungen den hartnäckigsten Widerstand entgegensetzte, dann wirkt die Schnelligkeit, mit der sich die Versöhnung vollzog, überraschend. Und doch mußte es jeder kommen sehen, der die Vorgänge in der inneren und in der äußeren Politik Spaniens und Frankreichs richtig bewertete. Die Regierungen und die kapitalistisch tätigen Massen der beiden Länder hatten alles Interesse daran, der Periode der „Mißverständnisse" ein Ende zu bereiten; und Spanien in erster Linie.

Wenn die Tanger-Frage eine Zeitlang die Spannung zwischen Madrid und Paris im Jahre 1912 stark genug erhöhte, daß ein Abbruch der Verhandlungen mehrere Male angekündigt wurde, so waren daran weniger der böse Wille Spaniens schuld, oder die Hartnäckigkeit jener Schicht spanischer Großkapitalisten, die zum Marokko-Feldzug gedrängt hatten, als der Einfluß Englands, das unter allen Umständen verhindern wollte, daß Tanger eine französische Stadt würde. Nachdem jedoch diese Frage gelöst war, und zwar nicht zugunsten Frankreichs, nachdem es sich sehr bald gezeigt hatte, daß den Spaniern die nötigen Betriebsmittel zur kapitalistischen Ausbeutung der ihnen zugesprochenen marokkanischen Länderteile fehlten, hatte England keinen Grund mehr, einer Annäherung der beiden Staaten irgendwelche Hindernisse entgegenzustellen. Die sofort nach dem Abschluß des französisch-spanischen Marokkovertrags erfolgte Ankündigung einer Verbrüderungsreise des neugewählten Präsidenten Poincaré nach Madrid machte Fernstehende verblüffen. „Kenner" hatten etwas Aehnliches erwarten müssen. Für die innere Entwicklung Spaniens kann die engere Freundschaft mit der französischen Republik von großer Bedeutung werden.

Seitdem Maura und damit die konservativ-klerikale Partei in Spanien die Macht verlor und der Liberalismus seine Nachfolge übernahm, war es sicher, daß Spanien sich auf internationalem Gebiet nicht mehr vollkommen passiv verhalten würde. Innerpolitische und innerwirtschaftliche Gründe mußten es einem Teil der maßgebenden Regierungs- und Finanzkreise wünschenswert erscheinen lassen, „draußen" einen Anschluß zu finden, der ihren Zielen nützlich sein konnte. Und die Ziele des Liberalismus, zu denen u. a. die Großindustriellen Kataloniens gehören, sind sehr mannigfaltiger Art: im Interesse der bürgerlichen Schichten, aus denen er sich zusammensetzt, liegt es vor allem, daß die Industrialisierung Spaniens, zu der in verschiedenen Gegenden kräftige Ansätze vorhanden sind, rascher vorwärts getrieben wird als bisher. Dazu ist es nötig, daß die Liberalen sich am Ruder erhalten. Die Entwicklung der letzten Jahre war ihnen nun außerordentlich günstig. Das Umschwenken Alfonsos, dem die portugiesische Revolution einen ebenso mächtigen Respekt eingeflößt hat wie das Wachstum der sozialistischen Bewegung in Spanien, und der außerdem durch seine Gattin liberaleren Einflüssen vom englischen Hof zugänglicher gemacht wurde, verhinderte es, daß die Konservativen, die Partei der Großgrundbesitzer, schon wieder die Regierung in die Hände bekamen. Der Verrat einer Reihe von ministeriellen Träumen besessener Republikaner, wie Melquiades d'Alvarez, Azarete u. a., die nach dem Tode von Canalejas ins Lager der liberalen Monarchisten überliefen, schwächte den sowieso schon wenig angesehenen bürgerlichen Republikanismus und stärkte den sogenannten „Linksliberalismus", für den der Nachfolger von Canalejas im Ministerpräsidium, der antiklerikale Graf Romanones, wohlklingende Formeln fand.

Solange die Klerikal-Konservativen herrschten, war an ein „Bündnis" mit Frankreich nicht zu denken: sie hatzten in ihm sowohl die antiklerikale Republik als den „Bankier", der mit seinen Milliarden nur denen nützen konnte, die in Spanien entweder die große agrarische Stillstandstaktik durch eine aktive Bewässerungs- und Aufforstungspolitik überwinden möchten, oder denen, die durch eine Industrialisierung des Landes eine Abwanderung der Arbeitskräfte vom bäuerlichen Dorf nach der Fabrikgegend hervorzurufen drohen, wodurch die heiligsten und ältesten Ausbeuterinteressen der bisher allmächtigen Großgrundmagnaten geschädigt würden.

Und wenn die Konservativen auch nicht ernsthaft daran dachten, mit irgendeinem andern Land, dessen politischer Charakter ihnen angenehmer war, einen Bund zu schließen, so schielten sie doch liebevoll nach Deutschland hinüber.

Die Liberalen dagegen, die keineswegs „deutschlandfeindlich" sind (alle Spanier bewundern Deutschlands staatliche und industrielle Organisation), hatten geradezu ein parteipolitisches Interesse daran, das Verhältnis zu Frankreich so freundschaftlich wie möglich zu gestalten.

In gewissen offiziellen Kreisen Frankreichs dachte man zweifellos an ein militärisches Schutz- und Trutzbündnis — wenn es auch der französischen Hochfinanz, die z. B. schon im spanischen Eisenbahnwesen ein gewichtig Wörtlein mitzusprechen hat, in erster Linie darum zu tun sein mag, sich ein neues Gläubiger-Volk zu schaffen und dadurch z. B. auch den Russen, die über zwanzig französische Milliarden haben, zu verstehen zu geben, daß alles, was in der letzten Zeit hinter den Kulissen zwischen Frankreich und Rußland vorging, in den Kassenschränken der Großbanken sein Echo fand! In Spanien dachte man keine Minute ernsthaft an ein Schutz- und Trutzbündnis, das etwa Alfonsos Monarchie zu einer systematischen Aufrüstungspolitik zwingen würde oder das Verhältnis zu Deutschland aus der Atmosphäre des „Wohlwollens" in eine Atmosphäre des Mißtrauens bringen könnte. Aus der „weltpolitischen" Frage wurde ein geschäftlicher Handel. Und es ist anzunehmen, daß es dabei auch bleibt.

Natürlich wird man „offiziell" eine hochdiplomatische Sprache führen. Es kann natürlich nicht bestritten werden, daß ein Bündnis zwischen Spanien und Frankreich, wie auch seine Basis im geheimen beschaffen sein mag, zur „Erhöhung des internationalen Ansehens" der beiden Staaten bei den übrigen Mächten beiträgt. Aber weitläufige diplomatisch-militärische Betrachtungen anzustellen über die schwerwiegenden „Folgen" der „neuen Konstellation", wie es ein Teil der französisch-chauvinistischen und deutschnationalen Presse tut, das heißt dem, was Spaniens und Frankreichs Minister und Staatsoberhäupter in lieblich aufgesetzten Reden und Toasten ankündigen und vorbereiten, einen Charakter verleihen, den es nicht hat.

In Frankreich sind übrigens nicht etwa nur Freunde eines Abkommens. Die kürzlich im Süden der Republik veranstalteten Kundgebungen von Winzern, die jetzt schon gegen eine Herabsetzung der Einfuhrzölle auf spanische Weine protestierten, zeigten, wie mißtrauisch ein Teil der ländlichen Bevölkerung den wirtschaftlichen Folgen eines spanisch-französischen Bündnissen entgegensieht.

Für die Arbeiterklasse der beiden Länder ist kein Grund vorhanden, sich über das, was vorgeht, aufzuregen. Die spanische und die französische Sozialdemokratie haben vor einigen Monaten in einem gemeinsamen Aufruf verkündet, daß sie eine Verständigung der beiden Völker in jeder Hinsicht wünschen, daß der Preis dafür jedoch unter keinen Umständen in einer Militärpolitik bestehen dürfe. So, wie die Dinge heute liegen, scheint es, allem Bankettlärm und Empfangs-„Idealismus" zum Trotz, daß ein neues, gewaltiges Geschäft zwischen der goldgesättigten französischen und der ärmeren goldhungerigen Kapitalistenklasse Spaniens vor seinem Abschluß steht.

•

Paris, 5. Oktober. Anläßlich der Madrider Reise, die Präsident Poincaré heute antritt, erklärt das Journal des Débats, die beiden Staaten hätten gewiß gemeinsame Interessen im Mittelmeer und sie verfolgten übereinstimmende Aufgaben in Marokko, aber um bestimmte Verpflichtungen zu übernehmen und gemeinsame militärische Unternehmungen zu kombinieren, dazu fehle vieles. Was Marokko anlange, so scheine die öffentliche Meinung Spaniens einer Ausdehnung der militärischen Unternehmungen eher feindlich gegenüberzustehen. Das erste Interesse der beiden Regierungen müsse es sein, vor allem die Handelsbeziehungen der beiden Länder zu verbessern, welche gegenwärtig schlecht seien und in Wirklichkeit einem Zollkrieg entsprächen.

Das „Recht auf Arbeit".

Die Arbeitslosenfrage ist eine der brennendsten sozialen Fragen der Gegenwart. Sie ist ein Problem und wird es bleiben, solange wir die heutige privatkapitalistische Produktionsweise haben. Die letztere verschuldet die Arbeitslosigkeit und braucht sie, um weiter existieren zu können. Heute wird nicht mehr produziert, um den Bedarf der Menschheit an diesem oder jenem Produkte zu decken, sondern um Profit zu erzielen.

Wie oft kann man selbst in den Kreisen aufgeklärter Arbeiter die Forderung des Rechts auf Arbeit hören! Diese Forderung nach dem Recht auf Arbeit ist keineswegs neu, vielmehr sehr alt. Sobald mit dem Herauskommen des Kapitalismus sich immer deutlicher und fühlbarer die Begleiterscheinung der Arbeitslosigkeit in empfindlicherer Weise zeigte, tauchte sie auf und ist bis auf den heutigen Tag nicht verschwunden, trotzdem man damit vom Privatkapitalismus Unmögliches, Unerfüllbares verlangt. Er braucht zu seiner Existenz eine Reservearmee. Wie sollte sonst der Unterschied in der Zahl der beschäftigten Arbeiter ausgeglichen werden bei Aufstieg und Abstieg, Hochkonjunktur und Krise in der wirtschaftlichen Entwicklung, die sich doch ununterbrochen folgen?

In der Hochkonjunktur werden alle Muskeln angespannt, wird Tag und Nacht gearbeitet. Dann kommt die Krise, der Absatz stockt, die Betriebe werden eingeschränkt, unter Umständen selbst stillgelegt. Massenhaft schwillt das Heer der Arbeitslosen an.

Aber abgesehen von diesem Auf- und Niederschwanken, ist die Arbeitslosigkeit eine unabänderliche Begleiterscheinung unserer Produktionsordnung. Auch abgesehen davon, daß nicht alle Berufe gleichzeitig die gleichmäßige Prosperität haben, ist die Arbeitslosigkeit in einem gewissen Maße, wenn auch von wechselnder Intensität, immer vorhanden, wie sich durch Statistiken unwiderleglich nachweisen läßt. Der Privatkapitalismus vermag, selbst wenn der gute Wille dazu vorhanden wäre, nicht die Produktion zu regeln. Auch die Organisationen zu einer gewissen Regelung der Produktion: Syndikate, Trusts und Kartelle, können das nicht in dem Sinne, daß die Arbeitslosigkeit aufgehoben oder auch nur beschränkt würde. Sie versuchen gewiß eine Regelung der Produktion, aber nur, um diese rentabler zu gestalten, um den Profit der Kapitalisten sicherzustellen. Das ist offen anerkannt worden in der Arbeitgeberzeitung vom 3. März 1908. Es heißt dort:

„Es ist ja geradezu der Zweck der kapitalistischen Syndikate, durch eine Regelung der Produktion, eventuell durch eine Beschränkung der Forderung die Marktpreise festzuhalten."

Da werden Betriebe stillgelegt, andere zusammengelegt, um die Produktion profitabler zu gestalten. Dadurch wird aber gerade die Arbeitslosigkeit vermehrt statt vermindert.

Freilich wird dadurch auch bewiesen, daß eine Regelung möglich ist, und diese Organisationsformen sind ein Beweis mehr für die ganze Widersinnigkeit der heutigen regellosen Betriebsweise. Friedrich Engels bezeichnet sie ja als eine Art Embryo einer Gesellschaft, in der planmäßig produziert wird, um den Bedarf zu decken. Er sagt:

„In den Trusts schlägt die freie Konkurrenz um ins Monopol, kapituliert die planlose Produktion der kapitalistischen Gesellschaft vor der planmäßigen Produktion der hereinbrechenden sozialistischen Gesellschaft. Allerdings zunächst noch zu Nutz und Frommen der Kapitalisten. Hierüber wird die Ausbeutung so handgreiflich, daß sie zusammenbrechen muß."

So Engels. Und er hat durchaus recht. Wie die Arbeitgeberverbände die Organisationen des Kapitalismus sind, um den Menschen als Arbeiter auszubeuten, so die Trusts und Kartelle, ihn als Konsumenten zu schröpfen.

Die heutige Gesellschaft wird nie das Recht auf Arbeit verwirklichen können. Ließe sie alle Arbeitslosen produzieren, würde eine noch größere Menge unverkäuflicher Waren entstehen und damit immer größere Krisen. Denn die Krisen in der heutigen Zeit entstehen nicht, wie das in früheren, wirtschaftlich unentwickelteren Zeiten und in wirtschaftlich nicht entwickelten Ländern auch in der heutigen Zeit noch der Fall ist, aus dem Mangel, sondern aus dem Ueberfluß an Waren. In Wirklichkeit freilich ist es ja die Unterkonsumtion des größten Teiles der Menschheit, die die Läger anschwellen läßt. Wenn alle Menschen alle zum menschenwürdigen Kulturleben notwendigen Dinge sich kaufen könnten, gäbe es weder Krise noch Arbeitslosigkeit.

Das ist ja der ungeheure Widerspruch in unserer Gesellschaft: Weil Ueberfluß, deshalb Mangel! Der Engländer Carlyle hat das drastisch in dem Satze gesagt:

„Auf der einen Seite hunderttausend nackte Rücken, die nicht bekleidet, auf der andern Seite hunderttausend Hemden, die nicht verkauft werden können."

Im Jahre 1848 machte die provisorische Regierung in Frankreich den Versuch, die Frage: „Hat der Mensch ein Recht auf Arbeit?" praktisch zu lösen. Am 26. Februar wurde die Errichtung von sogenannten Nationalwerkstätten in Paris beschlossen, die freilich nur für Paris und dessen nähere Umgebung offen standen. Doch erzählt der Direktor Emil Thomas, der eine Geschichte dieses eigenartigen Versuchs geschrieben hat, selbst darin, daß es nicht ein ernsthafter Versuch gewesen ist, sondern nur ein Mittel der Bourgeoisie, die ja bekanntlich die französische Revolution gemacht hat, um die sozialistischen Theorien ad absurdum zu führen durch ein Scheinexperiment. Ihm wurden von der Regierung niemals genug Arbeiten zugewiesen. Auch sollten die Arbeiter, deren Zahl sich am 19. Mai 1848 auf die Zahl von 87 942 belief, nur das Recht haben auf Tagelöhnerarbeit (Erdarbeit). Thomas errichtete auch einige Fachwerkstätten (für Stellmacher, Schuhmacher, Schneider); diese sollen sehr zufriedenstellende Resultate ergeben haben. Später verlangte man auch, die Pariser Arbeiter sollten in den Departements Frankreichs Erdarbeiten verrichten. (Man wollte die Arbeiter, die man fürchtete, offenbar im Lande zerstreuen.) Darüber kam es zu der furchtbaren Junischlacht, in der die Arbeiter niedergeworfen wurden.

Am 20. Juni 1848 legte Marrast dem Ausschusse der Nationalversammlung, der mit der Vorberatung der Verfassung beauftragt war, einen Entwurf vor, in dem das Recht auf Arbeit und Unterstützung unter dieselben verfassungsmäßigen Garantien gestellt war wie das Eigentum. Nach der Junischlacht legte er einen neuen Entwurf vor, der nicht mehr

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19131006/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG